



An die
Landkreise
in Sachsen-Anhalt

IT-Planungsrat
Az.: 048-00/wi
Tel.: 0391/56531-35
ruby@landkreistag-st.de

3. März 2020

Rundschreiben Nr. 148/2020

31. Sitzung des IT-Planungsrates am 25. März 2020

Bezug: Unsere Rundschreiben Nrn. 714/2019 vom 16. Dezember 2019

Kurzfassung:

Die 31. Sitzung des IT-Planungsrates findet am 25. März 2020 in Halle (Saale) statt. Maßgebliche Inhalte aus kommunaler Sicht betreffen die Umsetzung des Portalverbunds und das Digitalisierungsprogramm, die eID-Strategie, die Einführung von Unternehmenskonten und die Registermodernisierung.

Am 25. März 2020 findet die 31. Sitzung des IT-Planungsrates in Halle (Saale) statt. Die Tagesordnung haben wir als **Anlage 1** beigefügt. Zu den Tagesordnungspunkten liegen jeweils einzelne „Steckbriefe“ vor, die den Gegenstand der Behandlung sowie ggfs. vorgesehene Beschlüsse enthalten (**Anlage 2**). Aus kommunaler Sicht ist insbesondere auf folgende Tagesordnungspunkte hinzuweisen:

Umsetzung des OZG (TOP 4)

Der Bund wird dem IT-Planungsrat über den aktuellen Sachstand in den 14 Themenfeldern zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) berichten. Der Sachstandsbericht über den Status der Themenfelder und die Arbeit des Programmmanagements ist als **Anlage 3** beigefügt.

Das Programmmanagement erarbeitet derzeit ein sog. Monitoring-Format („Themenfeld-Reporting“), das den Fortschritt der Umsetzungsprojekte anhand definierter Steuerungsindikatoren darstellen soll. Darüber hinaus ist neben der Darstellung der OZG-Leistungen auch eine vertiefende Betrachtung auf dahinterliegende Leika-Leistungen geplant. Ziel ist es, Ländern und Kommunen die notwendige Transparenz zur Nachnutzung von Leistungen aus den jeweiligen Themenfeldern zu ermöglichen.

Schließlich soll ein „übergreifender Kooperationsrahmen“ für die Nachnutzung der OZG-Verwaltungsleistungen entwickelt werden, sich am Umsetzungsmodell „Einer



Albrechtstr. 7
39104 Magdeburg

Tel. (0391) 56 53 1 - 0
Fax (0391) 56 53 1 - 90

verband@landkreistag-st.de
<http://www.kommunales-st.de>

Stadtsparkasse Magdeburg
IBAN: DE98 8105 3272 0037 0030 87
BIC: NOLADE21MDG

für Alle“ (MPK-Beschluss vom 5. Dezember 2019) orientiert. Zudem soll ein „Marktplatz“ etabliert werden, der die Koordination der Nachnutzung für Länder und Kommunen erleichtert.

Aus Sicht des Deutschen Landkreistages (DLT) ist die Entwicklung eines übergreifenden Kooperationsrahmens ebenso wie die Schaffung eines „Marktplatzes“ für Online-Verwaltungsleistungen ausdrücklich zu begrüßen. Ziel sollte ein übergeordnetes Architekturkonzept sein, welches es den Kommunen ermöglicht, die in den Laboren entworfenen Online-Verwaltungsleistungen nicht nur innerhalb ihrer jeweiligen Landes-IT bzw. abhängig von der jeweiligen Landeslösung, sondern länderübergreifend in Anspruch zu nehmen. Die Erarbeitung eines entsprechenden länderübergreifenden Nachnutzungskonzepts kann aus Sicht des DLT dazu beitragen, Wettbewerb und Anbietervielfalt zu erhalten und die Anpassungsaufwände in den Kommunen möglichst gering zu halten.

Daneben kommt aus Sicht des DLT auch einer modularen Softwaregestaltung eine besondere Bedeutung zu. Ziel muss es sein, die Lauffähigkeit der verschiedenen OZG-Leistungen in unterschiedlichen IT-Umgebungen auf kommunaler Ebene zu gewährleisten. Der DLT hat dementsprechend bereits im vergangenen Jahr ein Schreiben der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände an den IT-Planungsrat initiiert, in welchem der Aufbau einer föderalen Microservice-Architektur gefordert wurde (**Anlage 4**).

Portalverbund (TOP 5)

Das Koordinierungsprojekt Portalverbund wurde vom IT-Planungsrat mit der Entscheidung 2016/27 mit der Konzeption eines Portalverbunds beauftragt. Insbesondere die Einführung interoperabler Nutzerkonten und Postfächer stand und steht dabei im Vordergrund der Bemühungen, die bislang noch nicht zu einem erfolgreichen Abschluss gelangt sind. Der Bund möchte angesichts der bisher nicht umgesetzten Aufgaben nunmehr im Auftrag des IT-Planungsrats und in Abstimmung mit der Föderalen IT-Kooperation (FITKO) eine „zentrale Anforderungskoordination für den Portalverbund“ aufbauen.

Mit IT-Planungsrat-Beschluss 2018/02 wurde der Bund gebeten, einen Piloten des Online-Gateways Portalverbund bereitzustellen, an dem sich mindestens die Verwaltungsportale Bund, Hessen, Berlin und Hamburg beteiligen. Der Aufbau der Produktionsumgebung sollte bis Ende 2019 umgesetzt werden. Aufgrund erheblicher Projektverzögerungen wurde nunmehr ein bislang nicht näher beschriebener „Anbindungsprozess“ gestartet, der dem IT-Planungsrat vorgestellt werden soll.

Aus Sicht des Bundes scheint es nun darauf anzukommen, das Projekt Portalverbund auf einzelne realisierbare Teilprojekte zu beschränken.

eID-Strategie (TOP 6)

In der Projektgruppe eID-Strategie wird das Projekt interoperable Nutzerkonten koordiniert. Ziel ist es, dass ein Nutzer ein einmal eingerichtetes Nutzerkonto für jeden Online-Dienst im Portalverbund nutzen kann. Die hierfür erforderliche zentrale Infrastruktur wird seit Ende 2019 durch Bayern mit einem sog. Metadatenserver bereitge-

stellt. Die Anbindung der Länder ist noch nicht abgeschlossen. Die Projektgruppe eID-Strategie legt einen Zwischenbericht zum Sachstand vor (**Anlagen 5 und 6**).

Die Einführung einer Single-Sign-On (SSO)-Lösung, wonach sich der Nutzer eines Servicekontos nur einmal anmelden muss, um verschiedene Online-Leistungen in Anspruch nehmen zu können, ist aus Sicht der berichtenden FITKO insbesondere aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich. Darüber hinaus scheiterte ein SSO bislang auch an technischen und organisatorischen Rahmenbedingungen.

Unternehmenskonto (Umlaufbeschluss)

Das Koordinierungsprojekt „Unternehmenskonto“ ist selbst nicht Gegenstand der Tagesordnung. Aufgrund besonderer Eilbedürftigkeit hat der IT-Planungsrat am 17. Februar 2020 die Einführung eines auf der Basis von ELSTER definierten Unternehmenskontos beschlossen (**Anlage 7**).

Die kommunalen Spitzenverbände haben sich im Rahmen dieses Umlaufverfahrens geäußert (**Anlage 8**) und eine frühzeitige Einbindung aller (kommunalen) Portale in die Integrationstests angemahnt.

Darüber hinaus werden die Schaffung eines bundesweiten Anforderungs- und Steuerungsgremiums und die Festlegung einer IT-Sicherheitsarchitektur in Abstimmung mit den Kommunen als dringend erforderlich angesehen. Der zuständige Staatssekretär im Bundesministerium des Innern hat mit Schreiben vom 27. Februar 2020 geantwortet (**Anlage 9**) und sich grundsätzlich offen gegenüber diesem Anliegen gezeigt. Die von den kommunalen Spitzenverbänden aufgeworfenen Punkte sollen in den Abstimmungsprozess zwischen Bund und Ländern einfließen. Der DLT wird diesen Prozess weiterhin eng begleiten.

Registermodernisierung (TOP 7)

Das Koordinierungsprojekt wird einen entsprechenden Sachstandsbericht vorlegen.

Aus Sicht des DLT kommt dem „Schnittstellendesign“ eine besondere Bedeutung zu. Um eine Vernetzung von Registern und Fachverfahren in den verschiedenen Fachbereichen zu gewährleisten, bedarf es einer Weiterentwicklung der bereits bestehenden verschiedenen XÖV-Standards und sonstiger registerbezogener Standards wie z.B. im Bereich der Geodaten (INSPIRE). Insoweit ist zu begrüßen, dass das Koordinierungsprojekt eine umfangreiche Standardisierungsagenda auf der Basis der XÖV-Systematik vorschlägt.

Digitale Souveränität und föderale Cloud (TOP 12)

In seiner 29. Sitzung am 27. Juni 2019 hat der IT-Planungsrat mit der Entscheidung 2019/38 eine länderoffene Arbeitsgruppe mit Vertretern aus Ländern und Kommunen sowie des Datenschutzes zur gemeinsamen Befassung mit dem Thema „Daten und Anwendungen der öffentlichen Verwaltungen im Cloud-Betrieb“ eingerichtet.

Die Arbeitsgruppe hat den Auftrag, dem IT-Planungsrat Empfehlungen zu Anforderungen an Softwarehersteller für den Betrieb von Anwendungen in der Cloud und für das weitere Vorgehen hinsichtlich des Umgangs mit entsprechenden Softwareanbie-

tern vorzulegen. Das entsprechende Eckpunktepapier zur „Stärkung der Digitalen Souveränität der Öffentlichen Verwaltung“ ist als **Anlage 10** beigefügt.

Darüber hinaus hat die Arbeitsgruppe einen Vorschlag zum Aufbau von „Föderalen-Cloud-Lösungen für die Öffentliche Verwaltung“ von Bund, Ländern und Kommunen skizziert, der im Folgenden weiter detailliert werden soll (**Anlage 11**). Ziel der Initiative ist es, Abhängigkeiten der öffentlichen Verwaltung im IT-Bereich zu reduzieren, die Effizienz in Entwicklung, Inbetriebnahme und Betrieb von IT zu steigern sowie Datenschutz und IT-Sicherheit sicherzustellen und zu stärken.

Wegen der weiteren Einzelheiten nehmen wir auf die beigefügten Unterlagen Bezug.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Theel', with a stylized, cursive script.

Theel

Anlagen